

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 74.

Dienstag den 17. April.

1883.

## Politische Uebersicht

Im Reichstage ist am Sonnabend durch den Finanzminister Scholz folgende kaiserliche Botschaft verlesen worden:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen u., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben es jederzeit als eine der ersten von Uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche diese Fürsorge und Pflege zuzuwenden, welche Wir in treuer Fortsetzung der von Unserem im Gott ruhenden Vater zu Anfang dieses Jahrhunderts begründeten Reformen zu betheiligen suchten. Wir haben diese Pflicht Uns besonders gegenwärtig gehalten seit Erlass des Sozialistengesetzes und schon damals unsere Ueberzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Milderung der durch das Strafrecht bekämpften Uebel Reformen einzuführen, welche das Wohl der Arbeiter zu fördern, die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind. Wir haben dieser Ueberzeugung insbesondere in unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg unserer Sorge für Bestrebungen in dieser Richtung in Unserem Königreiche Preußen wenigstens die beiden ersten Stufen der Klassensteuerpflichtigen von dieser Abgabe an den Staat befreien zu können. Dankbar für die einmütige Unterstützung Unserer hohen Verbündeten, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen Wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerks so weit gediehen, daß dem Reichstage bei Beginn der jetzigen Session der Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle in neuer, mit Rücksicht auf die früheren Verhandlungen umgearbeiteter Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gegengewurf zur Organisation des gewerblichen Kranken-Kassenwesens.

Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlage mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche wie an der Hoffnung festgehalten, daß diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen möge, ohne daß jene Vorlage in einer ihrem Zwecke entsprechenden, ihre Ziele sichernden und ihre Sanction als Gesetz ermöglichenden Gestalt zur Annahme gelangt. Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die erste Arbeit, welche der Beratung des Reichstages gewidmet worden ist, diesen Theil der Gesamttaufgabe bereits soweit gefördert hat, daß die Erfüllung Unserer Erwartung kaum mehr zweifelhaft erscheint. Mit Sorge aber erfüllt Uns, daß die principiell wichtige Vorlage der Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden ist und daher auf baldige Durchberatung nicht mit gleicher Eile gerechnet werden kann. Wie die diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoff-

nung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen in Bezug auf die Alters- und Invalidenversorgung zum gesetzlichen Abschluß gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Beratung des Reichshaushaltsetats für 1884—1885 während der Winteression auch noch Zeit und Kraft des Reichstages in Anspruch nehmen würde. Wir haben es deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, daß der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1884—85 dem Reichstag jetzt von Neuem zur Beschlußnahme vorgelegt werde. Denn wenn die Vorlage über die Unfallversicherung, wie nach dem Stand der Bearbeitung zu befürchten steht, in der laufenden Frühjahressession vom Reichstag nicht mehr beraten und festgestellt werden könnte, so würde durch die vorgängige Beratung des nächstjährigen Etats wenigstens für die Winteression diejenige Freiheit von unausschließlichen Geschäften gewonnen werden, welche erforderlich ist, um wirksame Reformen auf socialpolitischem Gebiet herbeizuführen. Die dazu erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, die in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen praktische Betätigung auch nur so weit erlangt haben, daß sie bei den Betheiligten volles Vertrauen und in Folge dessen auch volles Vertrauen finden. Unsere kaiserliche Pflicht gebietet Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu verkümmern, um eine Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsclassen unter einander zu fördern, so lange Gott Uns die Kraft dazu giebt. Darum wollen Wir dem Reichstag durch diese unsere Botschaft in erneuter und vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der wichtigen bezeichneten Vorlagen ans Herz legen.

Gegeben Berlin, den 14. April 1883.

Gez. Wilhelm.

Gegenw. v. Bismarck.

Der Eindruck des Ungewöhnlichen, den diese kaiserliche Botschaft hervorbringen muß, bemerkt die N.-Ztg., wird durch das Geheimniß, in das die Vorbereitung derselben gehüllt worden, noch verstärkt. Einen tiefen Eindruck auf das Gefühl der Nation und des Reichstages zu üben, das ist jedenfalls auch der Zweck gewesen, wozu der Kanzler die Unterschrift Sr. Majestät zu dieser Rundgebung erbeten hat. In der That ist Kaiser Wilhelm zu jeder Zeit, wenn er zu dem deutschen Volke spricht, über eine solche Wirkung hervorbringen. Wie man der N.-Ztg. ferner schreibt, ist die Verlesung der kaiserlichen Botschaft doch nicht ganz überraschend gekommen. Wohl eine Stunde vorher hatten konservative Abgeordnete auf das Ereigniß vorbereitet, über den Inhalt der Botschaft wichen die Angaben indessen von einander ab. Trotz alledem hat der jedenfalls in seiner Art einzig dastehende Vorgang eines direkten Anrufes des Parlaments durch den Monarchen bezüglich der Erledigung der Geschäfte des Kaiserhauses einen tiefen Eindruck gemacht. Gleich nach dem Schluß der Sitzung sah man die Führer

der Linken eifrig verhandeln, zweifellos über die Frage, was in Folge der Vertagung zu geschehen habe. Daß übrigens der Reichstag entschlossen war, auch ohne die Botschaft in die Beratung des Etats pro 1884—85 in dieser Session wenigstens einzutreten, darf als sicher vorausgesetzt werden, da die Rechte, die National-liberalen, ein großer Theil der Sessionisten dafür waren und somit eine Majorität vorhanden war.

Nach einer Mittheilung des „Moniteur de Rome“ ist die Antwort der päpstlichen Kurie auf die jüngste Note der preussischen Regierung dem preussischen Gesandten von Schöler zugestellt worden. Auch der „Germ.“ wird dies aus Rom mit dem Hinzufügen telegraphirt, die Antwortnote präzisire die „Bedingungen des h. Stuhles“. Betreffs der angeblichen kirchenpolitischen Vorlage liegen neuere Nachrichten vor.

Der schweizerische Bundesrath hat die gegen Nermillo verhängte gewisse Ausweisung einstimmig aufgehoben, betreffs der demselben verliehenen bischöflichen Würde aber die Rechte der betheiligten Kantone, namentlich diejenigen des Kantons Genf in ihrem ganzen Umfange vorbehalten. Ferner beschloß der Bundesrath mit Rücksicht auf den Unus gegenüber denjenigen Staaten, bei denen die Schweiz nicht diplomatisch vertreten ist, zur Kaiserkrönung in Moskau keinen Repräsentanten zu entsenden.

Während man im übrigen Europa, speciell in Deutschland und Oesterreich, jetzt bemüht ist, die Eisenbahnen in Staatsverwaltung zu nehmen, macht in Italien sich eine entgegengesetzte Tendenz in Regierungskreisen geltend. Es ist dort die Verpachtung von Staatsbahnen an Privat-Betriebs-Gesellschaften geplant, über welche Frage es nun, wie aus Rom telegraphirt wird, im Ministerium zu einem förmlichen Konflikt gekommen ist. Der Ministerpräsident Depretis und der Finanzminister Magliani haben sich nämlich für das obige Project, der Arbeitsminister Vaccaria aber gegen dasselbe erklärt. Magliani begünstigte den Plan aus finanziellen Rücksichten, da er durch diese Verpachtung eine Summe von 300 Millionen Lire zu erhalten beabsichtigt. Der Konflikt, so wird hinzugefügt, sei bereits akat. Voraussichtlich wird er mit einer Niederlage des Arbeitsministers endigen.

Das dänische Folkething hat am Sonnabend eine Adresse an den König, in welcher dem gegenwärtigen Ministerium das Mißtrauen des Folkething ausgesprochen wird, mit 72 gegen 20 St. angenommen. Die Adresse wird dem König durch den Präsidenten und Vicepräsidenten überreicht werden.

Der König und die Königin von Rumänien sind von Pesti, wo sich dieselben aufhielten, über die Gotthardbahn nach Deutschland abgereist.

## Deutschland.

(Vermählung.) In München wurde am Sonnabend die eheliche Verbindung des Herzogs von Genua mit der Prinzessin Isabella von Bayern durch den Minister des

Königl. Hauses und den Erzbischof von München vollzogen.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist am Sonntag Vormittag gestorben. Der verstorbene Großherzog war ein Neffe unseres Kaisers und hat ein Alter von 60 Jahren erreicht. In der preussischen Armee bekleidete er die Würde eines General-Direktors von der Infanterie und im deutschen Reichsheere die eines General-Inspektors der zweiten Armee-Inspection. Friedrich Franz II. war außerdem kaiserlich russischer General-Feldmarschall und Chef mehrerer deutschen Regimenter, je eines russischen und österreichischen Regiments. Der Großherzog war dreimal verheiratet und hinterläßt neun Kinder. Der Erbprinz Paul folgt ihm in der Regierung. Laut einer vom Großherzog. Staatsministerium erlassenen Bekanntmachung hat der verstorbene Großherzog in seinen letzten Lebensstunden den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Grafen von Bassow, beauftragt, dem Lande seinen Dank für die Liebe und die Treue auszusprechen, die dasselbe ihm während seiner 41-jährigen Regierung gehalten habe.

(Der „Reichs-Anzeiger“) publicirt die Ausführungsbestimmungen zur kaiserlichen Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs.

(Zum Hugenottener Prozeß.) Die Meldung aus Freiburg im Breisgau, wonach am Sonnabend früh, kurz vor 1 Uhr, alle Angestellte der Bahn wegen des Eisenbahnunglücks in Hugenotten freigesprochen wurden, wird sicherlich allgemein Aufsehen erregen. Dies entsprechende Urtheil konstatirt in einem schweren Eisenbahn-Unglücksfall die Unmöglichkeit einer Feststellung der Ursachen dieses Unglücks, das vielen Menschen Leben oder Gesundheit gekostet hat. So reich die Verhandlung an interessanten Episoden war, welche zumeist interne Verhältnisse des badischen Eisenbahnwesens betrafen, so unergiebig blieben die Aussagen der Zeugen und Sachverständigen hinsichtlich der genauen Bezeichnung des oder der Schuldigen. Es ist das jedenfalls ein sehr unbefriedigendes Resultat des mit einem so solennen Aufwande an Kräften, Material, Zeugen und Sachverständigen geführten Prozesses. Muß man doch aus demselben die Lehre ziehen, daß bei den heutigen Einrichtungen die Sicherheit des Eisenbahnreisenden von Umständen abhängig ist, die weder durch unabwendbare Elementar-Ereignisse, noch durch Betriebs-Einrichtungen begründet sind. Wären die letzteren als die Ursache des Unfalls erkannt worden, so hätten zweifellos die Urheber jener Einrichtungen bestraft werden müssen. Möglich ist freilich, daß in der noch nicht vorliegenden Urtheilsbegründung diese letzteren wenigstens gerügt worden sind. Anlaß genug haben die Verhandlungen hierzu immerhin geliefert. Wie es aber scheint, hat das Gericht ein unerklärliches Zusammenreffen von Umständen als die Ursache des Unglücks angenommen, vielleicht deshalb, weil es aus den einander vielfach widersprechenden Aussagen der Zeugen und Experten kein zuverlässiges Bild gewinnen konnte und sich deshalb lieber entschloß, die Angeklagten von der Strafe freizusprechen, als sie auf nicht ganz sichere Gründe hin zu verurtheilen. Es folgt aus dem Ereigniß somit nur die Nothwendigkeit einer größeren Sicherung des Eisenbahn-Personenverkehrs durch entsprechende Verbesserung der Bremseneinrichtungen mittelst obligatorischer sofortiger Einführung der Dampf-Schnellbremse für alle Personenwagen; ferner die Nothwendigkeit der Anwendung strengere Vorschriften für die Belastung der Züge und für die zulässige Schnelligkeit der Fahrt, sowie einer genaueren Beobachtung der Fahrgeschwindigkeit durch Geschwindigkeitsmesser seitens des Zugführers, der mit dem Lokomotivführer in eine bessere Verbindung zu bringen wäre.

(Die Direction der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa) zu Bremen spricht in ihrem am 12. April dem Aktionären erstatteten Jahresbericht der Reichsregierung ihren „wärmsten Dank“ für „that-

kräftige Unterstützung“ aus, indem nämlich während der ägyptischen Kriegswirren deutsche Kanonenboote ihre nach oder von Ostafrika fahrenden Dampfer sicher durch den Suezkanal geleitet haben. Auf eine andere neuerdings vielerörterte Unterföhung, d. h. mit Geld aus dem großen Reichsfödel, konnte die Bremer Gesellschaft um so eher verzichten, als sie schon für ihr erstes Geschäftsjahr, „welches in den meisten Fällen mit der Organisation und der Anschaffung der Schiffe hinzugehen pflegt,“ fünf Prozent Dividende zahlen kann.

### Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sizung vom 14. April.) Es wird in der Berathung der Gewerbeordnung-Novelle fortgeföhren, und kommt der Art. 11, die Arbeitsbücher betr., zur Debatte. Abg. Ackermann: Diese Forderung hat eine gewaltige Agitation zur Folge gehabt, und die irreföhrten Arbeiter haben sich zu Resolutionen herbeigelassen gegen die Arbeitsbücher; gegenüber den 3 1/2 Millionen deutscher Arbeiter fallen nun aber die 150 000 Unterschriften unter den Petitionen nicht allzuföhr ins Gewicht. Für den Arbeiter ist das Arbeitsbuch von Wichtigkeit, denn es ist die einzige Legitimation, die er heute noch haben kann. Abg. Löwe-Berlin: Das bedeutendste Prinzip der Gewerbeordnung ist die Gleichstellung von Arbeiter und Arbeitgeber vor dem Gesetz. An diesem Prinzip wollen wir nicht rütteln. Die Arbeitsbücher befähigen diese Gleichheit und stellen den Arbeiter unter die Kontrolle der Polizei. An der Freiheit des Arbeiters hat man stets rütteln wollen, wenn ein reaktionärer Wind wehte. Abg. von Schalscha: Die Herren thun so, als ob alle Arbeiter einig wären in der Verurtheilung der Arbeitsbücher; ich kann das nicht zugeben, eine bedeutende Arbeiter-Versammlung hat sich für die Arbeitsbücher ausgesprochen und mein Verhalten in dieser Frage gebilligt. Abg. Lüders (Soz.): Ein Arbeiter, der selbst für die Arbeitsbücher stimmt, scheint mir sehr verächtlich. Wie solche Abstimmungen zu Stande kommen, wie weit die Beeinflussung geht, das weiß man. Abg. Kräcker (Soz.-Dem.): In Großenhain war eine Versammlung des dortigen Gewerbe-Vereins einberufen, der über 400 Mitglieder zählte; von diesen waren 20 erschienen; davon stimmten 15 für die Arbeitsbücher; von dem Vorstande allein wurden die Stimmen der Föhlenden ergänzt; so hat man für die Arbeitsbücher agitiert und Petitionen zu Stande gebracht. Die Arbeitsbücher sind lediglich eine Vervollkommnung des Sozialistengesetzes; die Polizei soll vermehrt werden durch die Arbeitgeber. Aber ich bitte Sie, im Namen aller sozialdemokratischen Arbeiter, lehnen Sie die Arbeitsbücher ab, wenn Sie nicht auf ein Jahrzehnt die Arbeiter mit Haß erfüllen wollen. Abg. Dehler (Soz.): Ich habe in längerem Umgange die Arbeiter schätzen gelernt und glaube nicht, daß sie der polizeilichen Bevormundung bedürfen, um auf eine höhere Stufe der stitlichen Entwicklung gehoben zu werden. Abg. Günther (Sachsen): Wir bezwecken mit den Arbeitsbüchern ein Diplom für die Arbeiter einzuföhren, für das jeder solide Arbeiter sich bemühen soll; es wird ihm erleichtert, in trüben Zeiten Arbeit zu finden. Vor dem letzten Redner meldete sich der Minister Scholz zum Wort, um dem Hause eine Allerhöchste Botschaft mitzuthellen. In derselben wird dem Reichstage die Erlebigung der sozialpolitischen Gesegentwürfe dringend ans Herz gelegt, und namentlich die Wichtigkeit der Unfall-Versicherung betont. Abgeordneter Richter-Hagen bittet, die Botschaft baldigst zu einer näheren Besprechung auf die Tagesordnung zu setzen. Abgeordneter v. Minnigerode hält dies für unzulässig. Richter wolle wohl nur durch sein Verlangen die Wirkung abschwächen, die durch Verlesung der Botschaft hervorgebracht worden ist. — Die Bestimmung bezüglich der Arbeitsbücher wird abgelehnt. Hierauf verlag sich das Haus. Nächste Sizung Donnerstag den 19. d. M. 1 Uhr. Tages-Ordn.: Krankenversicherung der Arbeiter. Schluß 4 Uhr.

Der Abg. Wölfel hat in der Commission für die Entscheidung unzulässig Verurtheilte u. folgenden bereits kurz erwähnten Gesegentwurf eingebracht, dessen Tendenz dahin geht, die Frage der Entscheidung der in Untersuchungshaft Gewesenen als jetzt nicht lösbar bei Seite zu lassen, dagegen die Entscheidung der unschuldig Verurtheilten nach praktisch durchführbaren Grundsätzen zu sichern. Der Gesegentwurf lautet: Gesetz, betreffend die Entscheidung un-

schuldig Verurtheilte. § 1. Hat im Falle der Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens die Freisprechung eines Verurtheilten zu erfolgen, welcher die erkannte Strafe ganz oder theilweise verbüßt hat, so ist auf Antrag des Verurtheilten in dem Urtheile, welches die Freisprechung ausspricht, der Staatskasse die Verpflichtung zur Entscheidung des Verurtheilten aufzulegen, wenn die Freisprechung erkannt wird, weil der Verurtheilte die ihm zur Last gelegte That nicht begangen hat. Der Antrag ist nur bis zur Erlassung des Urtheils zulässig.

§ 2. Hat der Verurtheilte seine Verurtheilung öffentlich herbeigeföhrt, so steht ihm ein Anspruch auf Entscheidung nicht zu.

§ 3. Die Entscheidung besteht in dem Ertrage der vermögensrechtlichen Nachteile, welche der Verurtheilte durch die Verurtheilung und den Strafvollzug erlitten hat.

§ 4. Die Feststellung der Entscheidungsumme erfolgt auf die Klage des Verurtheilten in dem durch die Civilproceßordnung vorgeschriebenen Verfahren. Der Staat wird in dem Rechtsstreite durch die Staatsanwaltschaft vertreten, welche die öffentliche Klage erhoben hat.

§ 5. Im Falle des Todes des Verurtheilten sind die Erben desselben sowohl auf dem Antrage auf Entscheidung, als zu der Klage auf Feststellung und Zahlung der Entscheidungsumme beauftragt.

§ 6. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung, wenn auf Todesstrafe erkannt und die Todesstrafe vollzogen oder in Freiheitsstrafe umgewandelt und diese ganz oder theilweise verbüßt ist.

§ 7. In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz gehörigen Sachen ist die Verpflichtung zur Entscheidung (§ 1) der Reichsstaatskasse aufzulegen. Das Reich wird in dem über die Feststellung der Entscheidungsumme entstehenden Rechtsstreite durch die Staatsanwaltschaft bei dem Reichsgerichte vertreten.

§ 8. Die Klage auf Feststellung der Entscheidungsumme verjährt in zwei Jahren, vom Tage der Rechtskraft des Urtheils an, durch welches der Staats- oder Reichsstaatskasse die Verpflichtung zur Entscheidung auferlegt ist.

### Provinz und Umgegend.

Am vergangenen Sonntag fand in Halle a/S. im Restaurant zum Jägerhof eine Bezirksversammlung des Mitteldeutschen Senographenbundes statt, wozu sich circa 30 Delegirte aus Alstedden, Dessau, Halle, Landsberg, Naumburg, Weißenfels, Zeitz und besonders zahlreich aus Merseburg, eingefunden hatten. Der Bundesvorsitzende Herr Schöppe-Naumburg konnte wiederum ein erfreuliches Wachsthum des Bundes, der augenblicklich 19 Vereine mit circa 400 Mitgliedern umfaßt, constatiren. Aus den gefaßten Resolutionen wollen wir hervorheben, daß man es allseitig für zweckmäßig erachtet, den Bundesvorsitzenden zu entlasten, dagegen den Bezirksvorsitzenden, welchen vielleicht ein Schriftführer beigegeben werden könnte, einen größeren Wirkungskreis zuzuwenden. Ausgezeichnete Leistungen auf dem Gebiete des Unterrichts und der Propaganda sowie Abhandlungen über das Bundes- und Vereinswesen sollen in Zukunft prämiirt werden, zu welchem Zwecke ein besonderer Fonds gebildet werden soll. Das Bundesorgan, welches zur Erhaltung und Erhellung eines regen Verkehrs zwischen den Bundesmitgliedern besonders geeignet ist, soll jährlich 12 Mal erscheinen. Als Vertreter der diesjährigen Generalversammlung wurde Leipzig als Zeit Ende Juli in Aussicht genommen.

In Angelegenheiten der Sonntags-Versäuerungsverordnung hat unterm 14. d. der Magistrat wie der Stadtverordneten-Vorstand Vertretung in Döschersleben folgenden Antrag geföhrt: „Bebauerlicherweise haben am vorigen Sonntag in einigen Straßen hiesiger Umgegend Versammlungen von Menschen stattgefunden, wodurch die öffentliche Ruhe und Ordnung erheblich gestört worden ist. Im Interesse unserer Stadt, welche bei Wiederholung derartiger Vorgänge ersten Maßregeln ausgesetzt wird, fordern wir unsere Mitbürger hiermit auf, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung besorgt zu sein. Wir hoffen,



Altenburg. Getraut: der Sergeant im 1. Leib- Grenadier-Regiment Nr. 100 in Dresden D. M. Krause mit Frau S. geb. Lasse hier. — Beerdigt: der Malermeister Gendler.

Am Bußtage (den 18. April) predigen: 9 Uhr: Herr Confiß. Rath Leuschner. 2 Uhr: Herr Diac. Werther.

Am Ansluß an den Vormittags-Gottesdienst Beichte und Abendmahl. Herr Confiß. Rath Leuschner. Anmeldung. Stadtkirche. 9 Uhr: Herr Diac. Werther. 2 Uhr: Herr Diac. A. Mstrosff.

Am Ansluß an den Vormittags-Gottesdienst Beichte und Abendmahl. Herr Pastor Heinelen. Anmeldung.

Ein Sammlung der Kollekte für das Knaben-Rettungs- und Brüderhaus in Reinsfeldt. Neumarktkirche. 10 Uhr: Herr Pastor Leuschner.

Nach dem Gottesdienste allgemeine Beichte und Abendmahl. Anmeldung. Altenburger Kirche. 10 Uhr: Herr Pastor Delius.

Nach dem Gottesdienste und abends 7 Uhr allgemeine Beichte und Abendmahl. Anmeldung. Katholische Kirche. Frey 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr Gottesdienst.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Martha am Sonntag Nachmittags unerwartet sanft entschlafen ist. Wilhelm Wolf und Frau geb. Seeländer.

Einstands-Register der Stadt Merseburg vom 9. bis 15. April 1883.

Eheschließungen: der Bureau-Vorsteher Koch in der Halle o/S. mit M. E. S. Kluge, Brauerstr. 1; der Sergeant Krause in Dresden mit J. Lasse, Karstr. 12.

Geboren: dem Postillon Widme ein S., Sixtstraße 25; eine unehel. T.; dem Maurer Springer eine T., Mühlstr. 3; dem Schneider Eltner ein S., Weinberg 8; dem Handelm. Schwab, eine T., Amtshäuser 4; dem Rgl. Eisenbahn-Stat.-Assist. Dörge ein S., Tiefer Keller 8.

Gestorben: der Glasermeister Gendler, 67 J., 8 R., Lungenschwamm, Altenb. Schulplatz 4; des Hut- machers Kiesner T., 1 J., Kopfkrämpfe, Vorwerk 20; der Hb. Fischmann, 55 J., Lungenschwamm, Rädt. Krankenhaus; der Rgl. Justizrath Bih, 77 J., 7 R., Entzündung, Burgstr. 4; des Sergeant Repolt T., 1 J., Tuberculie, Weißenseiler Str. 11.

Bekanntmachung Wir bringen hiermit zur öffent- lichen Kenntniß, daß die Schließungen der hiesigen Gemarkung Dienstag den 17. d. M. auf den hinter dem Bürgergarten belegenen Militär-Gießständen beginnen werden.

Während des Schließens wird an entsprechender Stelle eine rote Fahne aufgesteckt sein.

Wir warnen das Publikum hierdurch dringend, sich während des Schließens den Gießständen zu nähern, oder das in der Schließlinie liegende Terrain zu betreten.

Merseburg, den 16. April 1883. Die Polizei-Verwaltung.

Freiwilliger Hausverkauf. Nächsten Sonnabend den 21. April d. J., nachmittags 3 Uhr,

soll das den Schaaßschen Erben von Treb- vitz gehörige, auf hiesigem Sixtberge sub Nr. 7 belegene Wohnhaus nebst Stall- gebäude, welches 240 M. Miete trägt, in dem Räumern'schen Restaurationslocale, gr. Sixtstraße Nr. 14, ertheilungshalber meistbietend verkauft werden, wozu ich Kaufsüßige ergebenst einlade.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht. Merseburg, den 16. April 1883.

Gelbhart, Kreisger. Actuar u. P. und Auctionator.

Hausverkauf. Ein in hiesiger Altenburg belegenes zweistöckiges Wohnhaus mit Stallung und großem Hofraum, Preis 1500 Thaler, Anzahlung 4-500 Thaler, ist zu ver- kaufen. Näheres bei

Ed. Jachmann, Mälzerstraße 10.

Halle'sche Straße 21 a

ist eine Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, Küche, Kammer und Zubehör, von jetzt ab zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Zu erfragen

Lindenstrasse Nr. 3.

Eine Wohnung, im Hofe parterre, mit Werkstätt, ist zu vermieten

Schmalestrasse Nr. 10.

Frischen Schellfisch, frischen Hecht, neue grüne Bohnen, neue Kartoffeln

empfehlen C. L. Zimmermann.

# Kegel u. Pockholzkugeln

## Tiefer Keller 3. in allen Stärken, Tiefer Keller 3. Weifen, Cigarrenspitzen u. Drechsler- waaren empfiehlt billigt

### Aug. Pitzschker, Drechslermeister.

Die Defonom Fideis'sche Gasse in hiesiger Karle- strasse ist sofort zu ver- kaufen oder zu verpachten durch den Kr.-Auct.-Commiss. Rindfleisch in Merseburg.

Veränderungshalber ist eine Drehbank nebst Drehzeug, 1 Hobelbankgerüste, 1 Dph. Stühle, gepolstert, 1/2 Dph. rohe Stühle, mehrerees Maurerhandwerkzeug nebst 30-40 Paar Schmittschne zu verkaufen

Karlestrasse Nr. 15. Steinkraße Nr. 7 ist eine Wohnung, aus Stube Kammer, Küche und Zubehör, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen.

Ein herrschaftliches Logis mit Balcon, 4 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, auf Wunsch mit Pferde- stall, ist im Ganzen oder getheilt von jetzt ab zu ver- mieten und 1. Juli zu beziehen

Unteraltendurg 42. Eine freundliche möblirte Wohnung ist zu vermieten und sofort zu beziehen

Gottardstrasse 45. Zwei kleine Wohnungen in der Hälterstrasse sind zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Näheres zu er- fragen

II. Sixtstraße 13. Schlafstellen sind offen

Mühlberg Nr. 3. Ein gut möblirtes Zimmer nebst Cabinet ist sofort zu vermieten

Burgstrasse 4, 2 Tr. Feine blaue Speisekartoffeln, 2 Aiter 18 Pf., empfiehlt

C. Heidenreich, 7. Delgrube 7. Auch sind dabeiselt circa 3 Centner Saamentartoffeln (Bikquit) abzulaufen.

Pflaumenmus in ganz vorzüglicher Qualität empfiehlt

C. Wolff. 1881er Sardellen, Bratheringe, Schweizerkäse, echt Emmenthaler, Harzkäse empfiehlt

Hermann Rabe. J. Küchel, Markt 27. Holzdrechsler, Markt 27. empfiehlt sich bei Bedarf in allen vorkommenden Drechslerarbeiten unter Zusicherung reeller und pünktlicher Bedienung.

Gleichzeitig empfehle ich Kegel und Pock- holzkugeln (nur gute Waare) und bitte bei Bedarf mich zu beehren. Hochachtungsvoll d. O.

Kappel'sche Bücklinge, Straßunder Bratheringe, Mess. Apfelsinen, Mess. Blut-Orangen

empfehlen E. Wolff. Eine Auswahl

Geraer Kleider-Rester in den neuesten Farben empfiehlt zu außergewöhn- lich billigen Preisen

N. Schindler's Ww., II. Ritterstraße.

Bergmann's Thierschwefel-Seife

bedeutend wirksamer als Thierseife, vernichtet sie un- bedingt alle Arten Hautverunreinigungen und erzeugt in kürzester Zeit eine reine, blendendweiße Haut. Vorräthig a Stück 50 Pf. in beiden Apotheken.

Ein kleines Logis, Stube und Kammer, für 15 Thlr. zu vermieten

Breitestraße Nr. 2. Omnibus nach Leipzig

am Bußtag den 18. April und kommenden Sonntag, am 22. April. (Außerden wie gewöhnlich Dienstags und Sonnabends bis auf Weiteres.)

Bürger-Verein für städtische Interessen. Die geehrten Mitglieder werden hierdurch zu der Dienstag den 17. April cr., abends 8 Uhr, im „Zivolt“ hierelbst

stattfindenden Versammlung mit der Bitte um recht zahl- reiche Theilnahme ergebenst eingeladen. Nichtmitglie- der haben Zutritt. Der Vorstand.

Tages-Ordnung: 1) Anbringung eines Postbriefkastens in der Hinterstr. 2) Öffentliches Ausrufen (Aussingeln) betr.; 3) Verfahren der Executive in Angelegenheiten.

Kinderbewahranstalt. Mit Freitag den 20. April, Vormittag 10 Uhr, ist die Kinder-Bewahranstalt der Altenburg wieder er- öffnet. Zugleich Einführung der neuen Lehrerin.

Deutsche Reichs-Fechtschule. Dienstag den 17. April cr., abends 8 1/2 Uhr, General-Versammlung im Restaurant zum Rößchen. Der Vorstand des Merseburger Orts-Verbandes der deutschen Reichs-Fechtschule.

Landwirthschaftl. Verein für Merseburg und Umgegend. Sonntag den 22. April, Nachm. 3 Uhr, General-Versammlung im großen Saale der Kaiser Wilhelmshalle.

Tages-Ordnung: 1) Vortrag des Herrn Dr. Morgen: „Welchen Einfluß übt der Ruderverbau auf den Betrieb der Landwirthschaft?"; 2) Referat des Vorsitzenden: „Schutzhäuselflug gegen Kartoffelkrankheit"; 3) Generalien.

Gäste sind willkommen. Haase. Kaiser Wilhelmshalle. Dienstag den 17. April 1883

große Vorstellung. Verschiedene Voltis, croatische Aufzugmusik, The Fakir of Oclu, großes electric-magnetisches Experiment, Abwechselnd lebende Bilder u. c.

Preise der Plätze an der Kasse. I. Platz 75 Pf. II. Platz 50 Pf. Gallerie 30 Pf. Im Vorverkauf bei Herrn A. Wiese, Burgstr. 12, Hr. Kaufmann Hennicke, Bahnhofsstr., I. Platz 40 Pf. II. Platz 25 Pf. nur an der Kasse.

Anfang 8 Uhr. Koller-Regelmann. Es wird ein gut rentirendes Materialwaaren-Gigaren-Geschaft zu übernehmen gesucht.

Gefällige Offerten nebst Bedingungen werden unter A. B. 2865 an J. Berek & Co., Altonaer Expedition in Halle a/S., erbeten. (B. 2865) Ein alleinziehende, gebildete Witwe in grupp- lichen Jahren sucht selbstständige Stellung als Buchhalterin wozu täglich zu einzelnen Herrn. Gest. Adressen werden nicht beantwortet. Burgstraße 5, 1. Z.

Ein kräftiger Arbeitsbursche wird für dauernde Arbeit und hohem Gehalt sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Verspätet. Der Frau Störzer in Bennten zu ihrem 41. Ge- burtstage ein donnerndes Hoch, daß das ganze Dorf wackelt und der Fuhs vom Wagen sappel. G. B.

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 74.

Dienstag den 17. April.

1883.

## Politische Uebersicht

Im Reichstage ist am Sonnabend durch den Finanzminister Scholz folgende kaiserliche Botschaft verlesen worden:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen u., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben es jederzeit als eine der ersten von Uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche diese Fürsorge und Pflege zuzuwenden, welche Wir in treuer Fortsetzung der von Unserem in Gott ruhenden Vater zu Anfang dieses Jahrhunderts begründeten Reformen zu bethätigen suchten. Wir haben diese Pflicht Uns besonders gegenwärtig gehalten seit Erlass des Sozialistengesetzes und schon damals unsere Ueberzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Milderung der durch das Strafrecht bekämpften Uebel Reformen einzuführen, welche das Wohl der Arbeiter zu fördern, die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind. Wir haben dieser Ueberzeugung insbesondere in unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg unserer Sorge für Bestrebungen in dieser Richtung in Unserem Königreiche Preußen wenigstens die beiden ersten Stufen der Klassensteuerpflichtigen von dieser Abgabe an den Staat befreien zu können. Dankbar für die einmütige Unterstützung Unserer hohen Verbündeten, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen Wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerks so weit geschritten, daß dem Reichstage bei Beginn der jetzigen Session der Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle in neuer, mit Rücksicht auf die früheren Verhandlungen umgearbeiteter Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gegenschwursatz zur Organisation des gewerblichen Kranken-Kassenwesens.

Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlage mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche wie an der Hoffnung festgehalten, daß diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen möge, ohne daß jene Vorlage in einer ihrem Zwecke entsprechenden, ihre Ziele sichernden und ihre Sanction als Gesetz ermöglichenden Gestalt zur Annahme gelangt. Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die erste Arbeit, welche der Beratung des Krankenlastergesetzes gewidmet worden ist, diesen Teil der Gesamtaufgabe bereits soweit gefördert hat, daß die Erfüllung Unserer Erwartung kaum mehr zweifelhaft erscheint. Mit Sorge aber erfüllt Uns, daß die principiell wichtige Vorlage der Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden ist und daher auf baldige Durchberatung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann. Wie die Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoff-

nung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen in Bezug auf die Alters- und Invalidenversorgung zum gesetzlichen Abschluß gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Beratung des Reichshaushaltsetats für 1884—1885 während der Winteression auch noch Zeit und Kraft des Reichstages in Anspruch nehmen würde. Wir haben es deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, daß der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1884—85 dem Reichstage jetzt von Neuem zur Beschlußnahme vorgelegt werde. Denn wenn die Vorlage über die Unfallversicherung, wie nach dem Stand der Bearbeitung zu befürchten steht, in der laufenden Frühjahressession vom Reichstage nicht mehr beraten und festgestellt werden könnte, so würde durch die vorgängige Beratung des nächstjährigen Etats wenigstens für die Winteression diejenige Freiheit von unaufschieblichen Geschäften gewonnen werden, welche erforderlich ist, um wirksame Reformen auf socialpolitischem Gebiet herbeizuführen. Die dazu erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe die in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen praktische Bethätigung auch nur so weit erlangt haben, daß sie bei den Betheiligten volles Vertrauen finden. Unsere kaiserliche Pflicht gebietet Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um eine Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen unter einander zu fördern, so lange Gott Uns die Kraft

der Linken eifrig verhandeln, zweifellos über die Frage, was in Folge der Vertagung zu geschehen habe. Daß übrigens der Reichstag entschlossen war, auch ohne die Botschaft in die Beratung des Etats pro 1884—85 in dieser Session wenigstens einzutreten, darf als sicher vorausgesetzt werden, da die Rechte, die National-liberalen, ein großer Theil der Exeptionisten dafür waren und somit eine Majorität vorhanden war.

Nach einer Mittheilung des „Moniteur de Rome“ ist die Antwort der päpstlichen Kurie auf die jüngste Note der preussischen Regierung dem preussischen Gesandten von Schöler zugestellt worden. Auch der „Germ.“ wird dies aus Rom mit dem Hinzufügen telegraphirt, die Antwortnote präzisire die „Bedingungen des h. Stuhles“. Betreffs der angeleglichen kirchenpolitischen Vorlage liegen neuere Nachrichten nicht vor.

Der schweizerische Bundesrath hat die gegen Mermillo verhängte gewisse Ausweisung einstimmig aufgehoben, betreffs der demselben verliehenen bischöflichen Würde aber die Rechte der betheiligten Kantone, namentlich diejenigen des Kantons Genf in ihrem ganzen Umfang vorbehalten. Ferner beschloß der Bundesrath mit Rücksicht auf den Unst gegenüber denjenigen Staaten, bei denen die Schweiz nicht diplomatisch vertreten ist, zur Kaiserkrönung in Moskau keinen Repräsentanten zu entsenden.

Während man im übrigen Europa, speciell in Deutschland und Oesterreich, jetzt bemüht ist, die Eisenbahnen in Staatsverwaltung zu nehmen, macht in Italien sich eine entgegengesetzte Tendenz in Regierungskreisen geltend. Es ist dort die Verpachtung von Staatsbahnen an Privat-Betriebs-Gesellschaften geplant, über welche Frage es nun, wie aus Rom telegraphirt wird, im Ministerium zu einem förmlichen Konflikt gekommen ist. Der Ministerpräsident Depretis und der Finanzminister Magliani haben sich nämlich für das obige Project, der Arbeitsminister Vaccaria aber gegen dasselbe erklärt. Magliani begünstigte den Plan aus finanziellen Rücksichten, da er durch diese Verpachtung eine Summe von 300 Millionen Lire zu erhalten beabsichtigt. Der Konflikt, so das wird hinzugefügt, sei bereits akat. Voraussichtlich wird er mit einer Niederlage des Arbeitsministers endigen.

Das dänische Folkething hat am Sonnabend eine Adresse an den König, in welcher dem gegenwärtigen Ministerium das Mißtrauen des Folkething ausgesprochen wird, mit 72 gegen 20 St. angenommen. Die Adresse wird dem König durch den Präsidenten und Vicepräsidenten überreicht werden.

Der König und die Königin von Rumänien sind von Pesti, wo sich dieselben aufhielten, über die Gotthardbahn nach Deutschland abgereist.

## Deutschland.

(Vermählung.) In München wurde am Sonnabend die eheliche Verbindung des Herzogs von Genua mit der Prinzessin Isabella von Bayern durch den Minister des

colorchecker CLASSIC

